

AZ - FL-9494 Schaan

Montag,
19. November 1979

112. Jahrgang - Nr. 217

Erscheint Montag, Dienstag,
Mittwoch, Donnerstag
und Freitag/Samstag als
Wochenendausgabe

Liechtensteiner

Volks



Jeden Donnerstag
an alle Haushaltungen

Blatt

Redaktion: Telefon (075) 2 42 42 / 43

mit den amtlichen Publikationen

Einzelpreis: 60 Rp.

ARA Steg-Malbun:

Doppelte Verpflichtung

Der Abgeordnete
Dr. Ernst Büchel (FBP)
im Landtag

Nur mit 8 von 15 Stimmen (vier davon aus der FBP-Fraktion) stimmte der Landtag am 8. November einer erhöhten Subvention (60 Prozent) für den Bau der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Steg-Malbun zu. Zu den Abgeordneten, die dem Reglerungsantrag zwar zustimmten, sich gleichzeitig aber kritisch zur ganzen Entwicklung äusserten, gehörte auch Dr. Ernst Büchel (FBP). Er begründete seine Haltung vor dem Plenum mit folgenden Ausführungen:

«Ich habe Verständnis dafür, dass die Gemeinde Triesenberg um eine höhere Subvention kämpft. Deshalb bin ich bereit, für den Antrag der Regierung zu stimmen. Die meisten Ferienhausbesitzer haben ihren Wohnsitz nicht in Triesenberg und zahlen daher ihre Steuern anderswo. Von den Ferienhäusern fällt der Gemeinde Triesenberg nur eine bescheidene Vermögenssteuer zu. Ich füge jedoch noch drei Bemerkungen hinzu:

● Meine Zustimmung zu einer 60prozentigen Subvention für die ARA im Steg-Malbun darf nicht als Vorentscheidung betrachtet werden, weder für andere öffentliche Werke der Gemeinde Triesenberg in Steg-Malbun, noch für andere Gebiete wie Silum, Gafjel, Gnalp usw. Ich will frei bleiben.

● Die Gemeinden sind auf Grund des Gesetzes verpflichtet, alle gleich zu behandeln. Unterschiede sind nur erlaubt, wenn hinlängliche sachliche Gründe es rechtfertigen. Die höhere Subvention bedeutet für die Gemeinde Triesenberg die doppelte Verpflichtung, alle gleich zu behandeln.

● Wir dürfen bei der Entscheidung der Frage der höheren Subventionierung der ARA im Steg-Malbun nicht ausser Acht lassen, dass Ferienhäuser Zweitwohnungen sind. Die höhere Subvention ist eine indirekte höhere Hilfe für jene, die sich finanziell eine Zweitwohnung erlauben können. Nun gibt es aber viele Arbeiter und sonstige Kleinveldner, die sich nicht einmal eine eigene Erstwohnung erlauben können.

Wir dürfen also mit der besseren Subventionierung nicht zu weit gehen.»

Weitere Voten über finanzielle Mehrleistungen zu Gunsten der Berggemeinden und insbesondere des Triesenbergs gaben auch die Abgeordneten Josef Biedermann und Armin Meier ab. Wir werden auch diese Abgeordneten noch zu Wort kommen lassen.

Wirtschaft auf dem Boden der Realität

Delegiertenversammlung der Gewerbegeossenschaft tagte in Schaan



Im liechtensteinischen Gewereberegister sind heute mehr als 1800 konzessionierte Gewerbebetriebe registriert. Mehr als zwei Drittel (1351) gelten als tätige bzw. aktive Unternehmen, die wiederum mehrere Hundert verschiedene Berufssparten in über einem Dutzend Wirtschaftsbereichen des Handwerks, des Handels, der Dienstleistungen und der Fabrikation umfassen. Einmal im Jahr treffen sich die Delegierten der einzelnen Sparten zur Abwicklung der Jahresversammlung der «Gewerbegeossenschaft für das Fürstentum Liechtenstein». Man kann sich leicht vorstellen, dass bei einer solchen Vielfalt von Berufen und Unternehmensbereichen interessante Diskussionen anfallen und theoretische Wirtschaftspolitik sehr deutlich auf den Boden der Wirklichkeit zurückgeholt wird. So geschehen auch am Samstagabend bei der Delegiertenversammlung 1979 im Hotel-Restaurant Schaanerhof.

Es gehört zu den üblichen Abläufen der Delegiertenversammlung un-

● Jedes Jahr erneut eine interessante und realitätsbezogene Situationsanalyse der gewerblichen Wirtschaft in Liechtenstein: die Delegiertenversammlung der Gewerbegeossenschaft. Unsere Aufnahme entstand am Samstag im Schaanerhof während des Jahresberichtes von Gewerbepräsident Josef Frick.

(Bild: X. Jehle)

seres Gewerbes, dass die Präsenz von Vertretern des öffentlichen Lebens und der Verwaltung benützt wird, um alte und neue Anliegen der gewerblichen Wirtschaft an den Mann zu bringen. Dieses Mal berührte Gewerbepräsident Josef Frick u. a. die Zulassungspraxis für ausländische Gewerbetreibende, streifte Probleme der Steuergesetzgebung und nahm Stellung zu Ausführungen des liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes (LANV) über die angeblich teils menschenunwürdige Behandlung ausländischer Arbeitnehmer, namentlich solcher im Gastge-

werbe. Josef Frick sprach sich für eine Prüfung dieser Kritik aus der Ecke des LANV aus, sollte in dieselbe jedoch beide Teile, also auch die Arbeitnehmer einbezogen wissen.

Die üblichen Traktanden (Jahresrechnung usw.) wurden speditiv abgewickelt. Mit Interesse verfolgte die gut besuchte Delegiertenversammlung ein Referat von Dr. Fritz Ospelt (Hoval-Gruppe) über die Konsequenzen der heutigen Energiesituation für unser Gewerbe. Wir veröffentlichen die wesentlichen Passagen dieses Referates im Wortlaut auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Grüsse der Regierung überbrachte Regierungschef Hans Brunhart, der ausserdem einen kurzen Abriss über wirtschaftspolitische Fragen gab, welche die Regierung in den letzten Monaten beschäftigten.

Eine Zusammenfassung der Ausführungen des Regierungschefs und Einzelheiten aus dem Jahresbericht des Präsidenten bringen wir in weiteren Beiträgen im Verlaufe dieser Woche.

Kirchliches Eigentum:

Wem gehören die Pfarrhäuser und Kirchen?

Ein VOLKSBLATT-Gespräch mit dem Balzner Gemeindevorsteher Emanuel Vogt

Die Frage der kirchlichen Besitzverhältnisse in Liechtenstein ist seit vielen Jahren umstritten und war schon häufig Gegenstand von Diskussionen und Abklärungen. Zuletzt nahm der Balzner Gemeindevorsteher Emanuel Vogt im Rahmen eines Vortrages vor dem Stefanuskreis Liechtenstein zu diesem Themenkreis Stellung. Emanuel Vogt gilt als Kenner der Materie. Das VOLKSBLATT hat aus diesem aktuellen Anlass das nachfolgende Gespräch mit Emanuel Vogt geführt:

VOLKSBLATT: Herr Vogt, gibt es einen besonderen Anlass für die neuerliche Behandlung des Themas «Kirchliches Eigentum» vor einem doch repräsentativen Zuhörerkreis?

E. VOGT: Jedes ungelöste Problem ist aktuell, solange es eben auf eine Lösung wartet. Ich habe mich schon vor rund 10 Jahren (damals vor dem Priesterkapitel) mit der

Materie auseinandergesetzt. Wenn es bis heute auch noch an konkreten Ergebnissen fehlt, so darf man doch festhalten, dass Bewegung in die ganze Sache gekommen ist. Das Bewusstsein um die bestehende Problematik ist gewachsen. Das Thema «Kirchliches Eigentum» beschäftigt immer mehr Gemeinden.

VOLKSBLATT: Können Sie die gesamte Problematik für unsere Leserinnen und Leser einmal kurz zusammenfassen?

E. VOGT: Ja natürlich. Ich werde es versuchen. Sehen Sie, die Verwaltung des Kirchengutes in den «Pfarrgemeinden» geschieht nach einem Gesetz aus dem Jahre 1870, das dem Kirchenrat praktisch keine Kompetenz lässt und einer Verordnung des bischöflichen Ordinariates aus dem Jahre 1866, die die heutigen Pfarrer, Vorsteher, Kirchen- und Gemeinderäte noch kaum je zu Gesicht bekommen haben.

Interessant ist dabei, dass die Verfassung von 1921 bereits von Kirchengemeinden spricht. Leider unterblieb dann die notwendige Gesetzgebung zur Ausführung dieser verfassungsmässigen Festlegung. Wir haben Pfründen, Kirchen, Kapellen, Pfarr- und Kaplaneihäuser, Grundstücke den Kirchen und Kapellen zugeordnet — aber leider keine zeitgemässen Rechtstitel. Sie entsprechen nicht mehr den heutigen Gegebenheiten, wie wir auch keine zeitgemässe Verwaltung des kirchlichen Eigentums und der finanziellen Angelegenheiten haben. Die finanzielle Kompetenz liegt heute allein beim Gemeinderat. Kirchen, Kapellen, Pfarrhäuser usw. stehen auf Eigentum der «politischen» Gemeinde. Also eine vollständig unklare, ja sogar unmögliche Situation. Dazu kommt noch das Opfergeld, das der Pfarrer und der Kirchenrat verwalten.

Volksblatt-Ski-Quiz

Wieviele Punkte sammeln die Liechtensteiner?

Wieviele Punkte sammelt das liechtensteinische Ski-Team in der kommenden Weltcup-Saison? Dies ist die Frage bei unserem Ski-Quiz, einer Gemeinschaftsaktion VOLKSBLATT/Schuh- und Sporthaus Risch, Schaan. Schreiben Sie die Anzahl Punkte auf die Rückseite einer Postkarte (Absender nicht vergessen!) und senden Sie diese an das liechtensteinische Volksblatt, Sportredaktion, 9494 Schaan. Was gibt es zu gewinnen? Erwin Risch, Schuh- und Sporthaus, Schaan, als Sponsor dieser Aktion hat folgende Preise zur Verfügung gestellt: 1 Paar Kästle Ski RX National Team (445 Franken), 1 Salomonskibindung S 727 (215 Franken), 1 Paar Raichle Skischuhe (160 Franken), 1 Tyrolia Sicherheitsbindung 260 (139 Franken), 1 Paar Skistöcke (50 Franken) sowie noch fünf Sporttaschen im Werte von je 20 Franken. Das Mitmachen lohnt sich also. Einsendeschluss: 4. Dezember.

GRANIT

Wir suchen tüchtigen

Steinmetz

oder

Plattenleger

E. Vogt + Söhne • Granit- und Marmorwerk
Zollstrasse 76-78 • FL-9494 SCHAAN
Telefon: 075/2 18 95 Telex: 77783 evos II

MARMOR

I. Liga

Vaduz — Ibach 3 : 1
SC Zug — Balzers 7 : 1

II. Liga

USV — Widnau 5 : 0

III. Liga

Triesen — Balzers 1 : 1
Vaduz — Widnau 3 : 1
Ruggell — Montlingen 0 : 2
Schaan II — Rapperswil 4 : 2

VOLKSBLATT: Wie könnte eine künftige Regelung dieser Situation nach Ihrer Meinung aussehen?

E. VOGT: Effektiv sollten doch alle kirchlichen Vermögenswerte den Katholiken der betreffenden Gemeinde gehören und nicht der gesamten Gemeinde und sollten demnach auch von denselben allein verwaltet werden. Der Gemeinderat einer politischen Gemeinde hat damit nichts zu tun. Die Katholiken der betreffenden Gemeinde sollten in ihrer Gesamtheit Eigentümer und Verwalter aller die Kirche betreffenden Vermögenswerte und finanziellen Angelegenheiten sein. Dies würde vor allem die Schaffung von eigenen Kirchengemeinden voraussetzen. Diese Kirchengemeinden könnten dann aus ihrer Mitte einen Kirchenrat wählen, der funktionsfähig wäre und für die Vermögensverwaltung und weiter kirchliche Belange zuständig sein könnte.

Fortsetzung auf S/2

FBP

Parteitag: Montag, 26. Nov. 20 Uhr im Vaduzer Saal